

## NACHRICHT

## Beste „Schüler im Chefsessel“ gekürt

Die Sieger im Regionalauscheid der diesjährigen Ausgabe des Bildungsprojekts „Schüler im Chefsessel“ des Bundesverbandes Junger Unternehmer stehen seit gestern fest. Für einen Tag hatten 30 Gymnasiasten aus dem Raum Chemnitz die Schulbank gegen einen Platz an der Seite eines Firmenchefs getauscht. Nach Meinung der Jury schrieb Karen Ihle vom Gymnasium Burgstädt den besten Erfahrungsbericht. Sie arbeitete bei der Kieselstein-Gruppe und will später Schuldirektorin werden. Franziska Hunger, die Zweitplatzierte, vom Gymnasium in Einsiedel berichtete begeistert von ihren Erlebnissen bei einer Kuh-OP beim Landtierarzt. Den dritten Platz teilen sich zwei Chemnitzer Schülerinnen. Noch im Juni reisen die vier Gewinnerinnen zum Bundesauscheid nach Berlin. (amre)

# Experten sehen Stadtwerke-Fusion kritisch

Energierechtler zweifelt Notwendigkeit größerer Strukturen an – Wissenschaftler sieht Risiko wegen unterschiedlicher Eigentümer-Interessen

VON SWEN UHLIG

Die geplante Fusion der Chemnitzer Stadtwerke mit der Erdgas Südsachsen GmbH wird von Experten deutlich kritischer gesehen als von den Stadtwerken und der Stadtverwaltung selbst. „Der Trend geht eher zu kleineren Strukturen als zu größeren“, sagte der Leipziger Jurist Martin Maslaton der „Freien Presse“. Maslaton lehrt als wissenschaftlicher Honorarprofessor Energierecht und Umweltrecht an der TU Chemnitz sowie an der Bergakademie Freiberg.

„Die spannende Frage bei der Fusion ist nicht, ob sie richtig oder falsch ist, sondern ob die Mandatsträger von den richtigen Voraussetzungen ausgehen“, so Maslaton. Es werde zum Beispiel anhand der Beschlussvorlage für den Stadtrat nicht klar, was passiert, wenn die künftigen Anteilseigner an dem



„Der Trend geht eher zu kleineren Strukturen als zu größeren.“

Martin Maslaton  
–FOTO: PRIVAT

neuen Unternehmen später unterschiedliche Interessen haben. „Was tut man dafür, dass die Stadt Chemnitz die Hosen anbehält, auch wenn man sich einmal nicht mehr liebt?“ fragt er und fügt hinzu: „Als Stadtrat würde ich darauf bestehen, dazu eine klare Aussage zu bekommen.“

Außerdem laufe die geplante Fusion der beiden Chemnitzer Versorger eher entgegen dem gegenwärtigen Trend, erklärte er. Tendenz in Deutschland sei eine Dezentralisierung. „Kommunale Stadtwerke versuchen derzeit, regional autonom zu sein und nicht regional abhän-

gig“, ergänzte er. Der Grund liege in der Zukunft der erneuerbaren Energien. Maslaton: „Erneuerbare Energien werden eines Tages die wirtschaftlichste Form der Energiegewinnung sein – warum aber brauche ich dann noch eine größere Struktureinheit?“ Die gesamtdeutsche Entwicklung jedenfalls gehe derzeit eher weg von den großen Verbänden, ergänzte er.

Für Oliver Rottmann, Finanzwissenschaftler an der Uni Leipzig und Geschäftsführer des dortigen Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge, ist unklar, wie die angekündigten Kostensenkungen verwirklicht werden, die mit der Fusion einher gehen sollen. „Es wird nicht ersichtlich, wo diese Kosten konkret gesenkt werden sollen“, so Rottmann.

In der Beschlussvorlage, auf deren Grundlage die Ratsmitglieder am 23. Juni über den Zusammen-



„Die Stadt Chemnitz hätte keine Mehrheit mehr.“

Oliver Rottmann  
–FOTO: UNIVERSITÄT LEIPZIG

schluss entscheiden sollen, heißt es, dass die Fusion Synergieeffekte und Kostenreduzierungen nach sich ziehe. Die Folge seien höhere Gewinne um jährlich bis zu 21 Millionen Euro, von denen die Stadt Chemnitz als einer der vier Eigentümer des neuen Unternehmens profitieren könnte. „Die wirtschaftlichen Effekte einer solchen Fusion sind aber schwer abzuschätzen, weil sie von vielen Faktoren abhängig sind“, sagt Rottmann. Solche Faktoren seien vor allem die Entwicklung der Rohstoffpreise und der Konjunktur sowie die jeweilige Gesetzeslage.

Rottmann hält die Chancen des neuen Versorgungsunternehmens für die Region wegen der überwiegend öffentlichen Anteilseigner für durchaus gewahrt, sieht aber auch Risiken wegen der unterschiedlichen Interessenlagen der möglichen neuen Eigentümer. „Die Stadt Chemnitz ist an der neuen Gesellschaft nur noch zu 25,5 Prozent beteiligt, hätte damit keine Mehrheit mehr“, sagte er. Der Steuerungseinfluss werde damit deutlich kleiner.

Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung haben diese Befürchtungen nicht. „Die Stadt Chemnitz wird mit ihrem 25,5-Prozent-Anteil eine Sperrminorität erhalten“, sagte Stadtkämmerer und Stadtwerke-Aufsichtsratsmitglied Detlef Nonnen am Dienstag. Damit könnten alle wichtigen Entscheidungen das neue Unternehmen betreffend keinesfalls gegen den Willen der Stadt Chemnitz getroffen werden.